

Controllingbericht

Dezernat 1

3. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	210.200 €	-290.700 €	-80.500 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	-338.000 €	0 €	-338.000 €
Amt 20	Amt für Finanzwesen	727.000 €	0 €	727.000 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Kreisstraßenbau	-1.031.000 €	-48.000 €	-1.079.000 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		-431.800 €	-338.700 €	-770.500 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	0 €	701.300 €	701.300 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	70.000 €	595.000 €	665.000 €
Amt 20	Amt für Finanzwesen	0 €	0 €	0 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Kreisstraßenbau	965.000 €	4.399.000 €	5.364.000 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		1.035.000 €	5.695.300 €	6.730.300 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

29.11.2018 *Freilich*

Datum / Unterschrift Dezernentin

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
<u>Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen:</u>	
- höherer Bedarf für IT-Ausstattung wg. Windows 10 - Umstieg und Rückübernahme früher von civitec betreuten Bereichen	-145.000
- Mehraufwand aus verzögerter Umsetzung verschiedener in Vorjahren geplanter Projekte	-115.700
- Organisationsuntersuchung im Amt 22	-80.000
- Mittel für weitere Organisationsuntersuchungen (Empfehlung GPA) sollen nach 2019 übertragen werden	80.000
- Aufwand für Rechtsberatung / Anfinanzierung Führungskräftequalifizierung	-30.000
<u>weitere Veränderungen:</u>	
- geringere Wartungskosten für Hard- und Software aufgrund Projektverzögerungen (z. B. Telefonzentrale) und Anschaffung neuer Kassenautomaten	100.000
- Wartungskosten für Server, insbes. fallen Kosten für Projekt "2. Standort Server" in 2018 noch nicht an	85.200
- weitere Veränderungen, u. a. Verzögerungen DMS-Projekt	25.000
Summe Amt 10	-80.500
<u>Amt 11</u>	
- Veränderungen im Bereich "Jobticket"	-123.000
- Personaldienstleistungen für Dritte gegen Kostenerstattung per Saldo (geringeres Dienstleistungsvolumen f. civitec)	-88.000
- Mehraufwand für Vergabeverfahren und Betriebskosten Kantine	-53.700
- Einsatz eines Sicherheitsdienstes	-50.000
- Mehraufwand für Stellenbewertungen und öffentliche Bekanntmachungen	-40.000
- sonstige Veränderungen (Portokosten, Betriebskosten Fahrzeuge, usw.)	16.700
Summe Amt 11	-338.000
<u>Amt 20</u>	
- Verbesserungen Zinsaufwand durch weiterhin sehr niedriges Zinsniveau und spätere Inanspruchnahme von Krediten	535.000
- geringere Belastung aus Abrechnung der Einheitslasten (ELAG)	109.000
- Verbesserungen Säumniszuschläge, Vollstreckungsgebühren	115.000
- Mehraufwand Bankgebühren (Verwahrtgelte)	-20.000
- sonstige Veränderungen per Saldo	-12.000
Summe Amt 20	727.000

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 22</u>	
<u>Beteiligungen / Liegenschaften / Versicherungen:</u>	
- höhere Verlustausgleiche, insbes.: Kreisholding 1,03 Mio. € (ursächlich sind Mehraufwendungen RSVG und RVK), höhere Abschläge SSB 0,27 Mio. €; geringere Abschläge KVB 0,16 Mio. €	-1.065.000
- zusätzliche Aufwendungen aus Steuerzahlungen auf die Ausschüttung der BRS (weitgehende Erstattung im Rahmen der Jahressteuererklärung 2018 in 2019)	-879.000
- höhere Ausschüttung der Kreissparkasse Köln	311.000
- sonstige Veränderungen im Bereich Beteiligungen / Liegenschaften /	52.000
<u>Gebäudewirtschaft:</u>	
- Rückstellung für Sanierung der Heizungsleitungen an der Heinrich-Hanselmann-Schule (Sankt Augustin) kann aufgelöst werden, da von der ursprünglich geplanten umfassenden Sanierung b. a. W. abgesehen werden kann.	1.182.000
- außerplanmäßiger Mehraufwand für Brandsanierung Turnhalle BK Hennef (spätere Erstattung/Schadenersatz durch Versicherung)	-500.000
- überplanmäßiger Mehrbedarf für Sanierung der Außenanlagen an der SQ-Schule in Alfter-Gielsdorf	-330.000
- Aufstockung der Rückstellung für Streitigkeit "Terrazzobelag Treppenhaus A"	-190.000
- Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen (Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für Umbau Kantine und Interim Sanierungsmaßnahme SQ Alfter-Gielsdorf, Aufwendungen für Interim BK Hennef verschieben sich zu geringem Teil ins Folgejahr)	-53.000
- Mittel für Sanierung ES Alfter-Witterschlick werden nicht benötigt, Rückstellung kann aufgelöst werden (Neuveranschlagung des Projekts investiv im HPL 2019/2020)	447.000
- verschiedene weitere Veränderungen Gebäudewirtschaft, per Saldo	8.000
<u>Wohnungsbauförderung:</u>	
- höhere Gebührenerträge	10.000
<u>Straßenbau:</u>	
- Mehraufwand für verschiedene Instandhaltungsmaßnahmen / Sanierungen	-175.000
- zusätzliche Erträge aus Kostenbeteiligungen Dritter	83.000
- geringere Erstattung an Straßen NRW für Pflege der Kreisstraßen	25.000
- Sonstige Veränderungen Straßenbau	-5.000
Summe Amt 22	-1.079.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
- Inanspruchnahme von Ermächtigungen des Vorjahres für den Erwerb Hard- und Software (Projektverzögerungen)	-490.300
- Inanspruchnahme von Ermächtigungen des Vorjahres für zusätzliche SAP-Lizenzen für die Einführung des elektronischen Eingangsrechnungsworkflows	-80.000
- zeitliche Verzögerungen der Einführung des Dokumentenmanagementsystems	979.100
- zeitliche Verzögerung bei der Erweiterung der Telefonzentrale	107.500
- zeitliche Verzögerung Einrichtung 2. Standort für Server	185.000
Summe Amt 10	701.300
<u>Amt 11</u>	
- Verzögerungen bei der Beschaffung von Ausstattung im Rahmen Brandschutzsanierung (davon 550 T€ Übertragung nach 2019)	620.000
- zeitl. Verschiebung in der Fahrzeugbeschaffung aufgrund langer Lieferzeiten	45.000
Summe Amt 11	665.000
<u>Amt 20</u>	
keine Veränderungen	
Summe Amt 20	0
<u>Amt 22</u>	
<u>Gebäudewirtschaft:</u>	
<i>Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen</i>	
a) Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für folgende Baumaßnahmen	
-- Sanierung SQ-Schule in Alfter	-1.100.000
-- Neubau Rettungswache Swisttal	-1.000.000
-- Grunderwerb für Neubau RW Bornheim	-720.000
-- Ausbau Dachgeschoss ES-Schule in Hennef-Bröl	-150.000
-- Grunderwerb für Neubau RW Much	-110.000
-- sonstige Maßnahmen	-238.000
b) Verschiebungen in Folgejahre aufgrund von Verzögerungen bei folgenden Baumaßnahmen	
-- Sanierung BK Hennef	4.000.000
-- Neubau RW Bornheim	1.900.000

Sachverhalt	Veränderung in €
-- Sanierung Turnhalle SQ Siegburg (das Projekt wird im HPL 2019/20 neu veranschlagt, die Mittel werden aber zukünftig für Mehraufwendungen bei anderen Projekten, insbesondere Sanierung SQ Alfter, weiterhin benötigt)	850.000
-- Sanierung ES-Schule Alfter-Witterschlick	800.000
-- Neubau RW Ruppichteroth	800.000
-- Neubau JHZ Eitorf	700.000
-- Neubau RW Much	350.000
-- Aufzugsanlage Kreisparkhaus	200.000
-- sonstige Maßnahmeverschiebungen	319.000
substanzielle Veränderungen	
- Sanierung Schulgebäude BK Troisdorf (die Maßnahme verzögert sich und wird daher im HPL 2019/20 neu veranschlagt; ein Teil der Mittel wird für zukünftige Mehraufwendungen bei Projekt Neubau RW Swisttal weiterhin benötigt)	576.000
- Mehreinzahlungen aus Grundstückverkäufen	100.000
<u>Straßenbau:</u>	
Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen	
a) Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für folgende Um- / Aus- und Neubaumaßnahmen	
-- K14 Ortsumgehung Wachtberg-Gimmersdorf	-3.330.000
-- K6 OD Hennef-Hanfmühle	-610.000
-- sonstige Maßnahmen	-242.100
b) Verschiebungen in Folgejahre aufgrund von Verzögerungen bei folgenden Baumaßnahmen (z. B. aufgrund fehlenden Baurechts)	
-- K61 OD Swisttal-Heimerzheim	680.000
-- K63 Wachtberg-Fritzdorf zur L268	497.000
-- K63 OD Wachtberg-Fritzdorf	425.000
-- K18 Ausbau Eitorf-Linkenbach	380.000
-- K2 Kreisverkehrsplatz St. Augustin-Mülldorf	200.000
-- K29 Neubau DB-Brücke in Troisdorf	160.000
-- sonstige Maßnahmen	385.000
c) geringere Einzahlungen aufgrund späterem Abruf von Zuweisungen für	
-- K63 Ausbau inkl. OD Wachtberg-Fritzdorf	-600.000
-- K18 Ausbau Ortsteil Eitorf-Linkenbach	-150.000
substanzielle Veränderungen	
- K 56 - Oberbausanierung Rhb. - Berscheid (überplanmäßiger Bedarf)	-360.000
- Zuweisung für K14 Ortsumgehung Gimmersdorf	580.000
- K6 OD Hennef-Hanfmühle, höhere Zuweisung	70.000
- Grunderwerb Ausbau K18 Eitorf-Mühleip	2.000
Summe Amt 22	5.363.900

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 1

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 10</u>	
<u>Amt 11</u>	
<u>Amt 20</u>	
<u>Amt 22</u>	

Controllingbericht

Dezernat 2

3. Quartal 2018

f m/m/11

Abweichung ggü. Haushaltplan
(+ Verbesserung / - Verschlechterung)

	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
02-07 Kommunales Integrationszentrum	-25.000 €		-25.000 €
Amt 50 Sozialamt	11.375.740 €	15.000 €	11.390.740 €
Amt 52 Versorgungsamt	-129.905 €	-32.000 €	-161.905 €
Amt 53 Gesundheitsamt	81.681 €		81.681 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>	11.302.516 €	-17.000 €	11.285.516 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 50 Sozialamt	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>	0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

13/11/18 D.C.A

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
02-07	
Der <u>Zuschuss der Landeszuweisung</u> zu den Personalkosten für zwei KOMM-AN Mitarbeiter verändert sich aufgrund des späteren Beginns des Arbeitsverhältnisses zum 01.04.2018. Die Landeszuschüsse sind kostendeckend. Durch die Teilnahme am Ladesförderprogramm Integrationschancen für Kinder und Familie (Rucksack Kita und Rucksack Schule) werden zusätzliche Erträge aus Landeszuweisungen erwartet, die bis Ende des Haushaltsjahres 2018 durch Weiterleitung an Schulen und Kitas verbraucht werden. Es ergeben sich keine Auswirkungen auf das Ergebnis. In 2018 wurden überzahlte Fördermittel aus dem Landesprogramm KOMM-AN NRW aus 2017 an das Land zurückgezahlt. Hierfür wurden zurückgestellte Mittel aus 2017 verwendet. Es ergeben sich daher keine Auswirkungen auf das Rechnungsergebnis.	-25.000 €
Summe 02-07	-25.000 €
Amt 50	
Per Saldo ergibt sich eine prognostizierte Gesamtverbesserung i.H.v. rd. 11,4 Mio €; diese resultiert im Wesentlichen aus folgenden Veränderungen: <u>Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen</u> Aufgrund von Kostenverlagerungen durch das Inklusionsstärkungsgesetz zum LVR verringern sich die Aufwendungen.	1.100.000 €
<u>Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen</u> Aufgrund von Kostenverlagerungen durch das Inklusionsstärkungsgesetz zum LVR verringern sich die Aufwendungen.	130.000 €
<u>Pflegewohngehalt, Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Pflege in Einrichtungen</u> Die Verbesserungen ergeben sich durch den seit 2017 geltenden sog. einrichtungseinheitlichen Eigenanteil. Da eine Höherstufung der Heimbewohner mittlerweile nicht mehr zu einer finanziellen Mehrbelastung der Bewohner bzw. des Sozialhilfeträgers führt, resultiert hieraus insgesamt ein Rückgang der Sozialhilfeleistungen. Daneben sind die Erträge für die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen höher als geplant (135.000 €).	2.550.000 €
<u>Eingliederungshilfe</u> U. a. durch eine veränderte Sachbearbeitung im Bereich der Eingliederungshilfe, aber auch durch Kostenverlagerungen einzelner Leistungen zum LVR bedingt durch das Inklusionsstärkungsgesetz ergeben sich verringerte Aufwendungen.	1.200.000 €
<u>Krankenhilfe</u> Im Rahmen der Krankenhilfe für Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG wurden Erstattungen, die in den vergangenen Jahren in vollem Umfang im Kreishaushalt vereinnahmt wurden, für den Zeitraum von 2010 bis 2017 nachträglich an die Kommunen weitergeleitet (700.000 €). Aufgrund der aktuellen Entwicklung ist im Übrigen insgesamt von verringerten Aufwendungen auszugehen (ca. 200.000 €).	-500.000 €

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Zuweisung vom Land "Wohngeldentlastung" SGB II</u> Die Landeszuweisung ist niedriger, als die Prognoseberechnung des Landkreistages, die Grundlage für die Haushaltsplanung war, erwarten ließ.	-450.000 €
<u>Bundeserstattung KdU SGB II</u> Bei der KdU-Bundeserstattung ergibt sich ein Minderertrag; dieser resultiert teilweise aus der endgültigen Festsetzung der kommunalspezifischen Anteile für die Erstattung von Leistungen der Bildung und Teilhabe sowie aus den angenommenen Verbesserungen beim KdU-Aufwand (s. unten). Aus letzterem Aspekt ergäbe sich systembedingt eine wesentlich höhere Verschlechterung bei der Bundeserstattung. Jedoch wird (wie bereits bei der Haushaltsplanung) auch für die Haushaltsentwicklung von einem Vollaussgleich der flüchtlingsbedingten KdU-Mehraufwendungen ausgegangen; dies „kompensiert“ weitestgehend die v. g. systemische Verschlechterung bei der Bundeserstattung. Die für den Flüchtlings-Mehraufwand nach Abzug des dafür aktuell geltenden Bundeserstattungsanteils (6,7 %) prognostizierte Unterdeckung beträgt 3,9 Mio. €. Die Realisierung des 100 %-igen Erstattungsbetrages ist - nach wie vor - risikobehaftet (s. auch unter „Chancen und Risiken“).	-1.100.000 €
<u>Sonstige Erstattungsleistungen SGB II</u> Die Erstattungen, die sich auf SGB II-Leistungen beziehen, sind höher, als im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung erwartet.	250.000 €
<u>KdU SGB II</u> Die Kosten der Unterkunft (KdU) nach dem SGB II entwickeln sich aktuell wesentlich moderater als bei der Veranschlagung für den Doppelhaushalt 2017/2018 angenommen; es zeichnen sich Minderaufwendungen von ca. 9 Mio. € ab. Eine verlässliche Prognose der KdU ist zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung grundsätzlich schwierig, die planerische Unsicherheit verstärkt sich hinsichtlich der zu treffenden Annahmen der Entwicklung des Flüchtlingszustroms in das SGB II. Zu der im unmittelbaren Zusammenhang mit der Aufwandsentwicklung stehenden Bundeserstattung KdU SGB II s. vor!	9.000.000 €
<u>Leistungen SGB II</u> Die prognostizierten Mehraufwendungen für die Erstausrüstung von Wohnungen und die Gewährung von Leistungen für Hausrat sowie für die Erstausrüstung mit Bekleidung und bei Schwangerschaft resultieren ebenso wie der Kostenanstieg bei der Übernahme von Mietschulden aus der Steigerung der Fallzahlen und Kosten; sie stehen, zumindest teilweise, auch im Zusammenhang mit dem Thema Flucht.	-380.000 €
<u>Verwaltungskosten jc</u> Personalzuwachs und Tarifsteigerungen sind im Wesentlichen ursächlich für einen im Vergleich zur Planung erheblichen Anstieg des kommunalen Finanzierungsanteils; auch die Personalkostenerstattung/-weiterleitung für die kommunalen Mitarbeiter*innen im jobcenter rhein-sieg an die Kommunen erhöht sich in diesem Zusammenhang.	-700.000 €
<u>Sonstige Veränderungen im Budget per Saldo</u> Z. B. erhöhte Erstattung von Verwaltungskosten für Krankenhilfe Asyl, erhöhte Aufwendungen im Bereich Bildung und Teilhabe nach dem BKG, Veränderungen in den Bereichen Betreuungsaufgaben und Landespflegegesetz, erhöhter Landeszuschuss Personalkostenausgleich für MitarbeiterInnen Elterngeld, verringerter Aufwand beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderung, sonstige Leistungen/Sachverhalte etc.	290.740 €
Summe Amt 50	11.390.740 €

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 52	
<u>Allgem. Zuweisungen Land (Belastungsausgleich)</u> Die Aufgaben nach dem Schwerbehindertenrecht wurden mit Wirkung vom 01.01.2008 auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen. Für die Belastungen, die Ihnen durch die Erledigung der übertragenen Aufgaben entstehen, wird Ihnen vom Land ein finanzieller Ausgleich nach § 23 EinglG gewährt (Belastungsausgleich). Die ausgewiesenen Mehreinnahmen ergeben sich durch die Anhebung der Bemessungsgrundlagen. Ab dem 01.01.2018 liegen die Jahresdurchschnittskosten pro Vollzeitäquivalent im Beamtenbereich bei 50.456 € (2017: 49.061 €). Beim finanziellen Nachersatz werden 61.613 € zu Grunde gelegt (2017: 59.910).	53.095 €
<u>Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</u>	18.000 €
<u>Honorare/Entgelte für Dienste Dritter (Kosten Befundberichte)</u> Durch die zum 18.10.2017 erfolgte Einrichtung einer Befundberichts-Abrechnungsstelle ist erreicht worden, dass die Anzahl der abgerechneten Befundberichte (BB) der Anzahl der eingehenden BB entspricht und somit - anders als in der Vergangenheit - keine wesentlichen Bearbeitungsrückstände mehr entstehen. Wie bereits im Controllingbericht für das 3. Quartal 2017 ausgeführt, ist für diese Zielerreichung - bezogen auf das Vergleichsjahr 2016 (21.737 BB) eine Steigerung der Bearbeitungsquote um ca. 10 % notwendig (24.000 BB). Lt. aktueller Hochrechnung bestätigt sich, dass im Jahr 2018 vorauss. 24.000 Befundberichte abgerechnet werden. Bei einem durchschnittlichen Zahlbetrag je BB in Höhe von z. Zt. 23,67 € errechnen sich somit zu erwartende Gesamtausgaben in Höhe von rd. 570.000 €.	-80.000 €
<u>Honorare/Entgelte für Dienste Dritter (Digitalisierung von Bestandsakten)</u> Für die Digitalisierung von Bestandsakten wurden außerplanmäßige Mittel von insgesamt 91.000 € bereitgestellt, davon ein Teilbetrag von 38.000 € für 2017 und 53.000 € für 2018. Aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei der Digitalisierung der Bestandsakten sind im Jahr 2017 lediglich Mittel i. H. v. rd. 4.000 € verausgabt worden. Vor diesem Hintergrund erfolgte eine Mittelübertragung i. H. v. 32.000 € in das Hj. 2018. Zusammenfassend sind die für das Hj. 2018 prognostizierten Ausgaben i. H. v. 80.000 € vollständig gedeckt durch: 1. Ermächtigungsübertragung konsumtiv 2017: 32.000 € 2. Bereitstellung üpl/apl. 2018: 53.000 €	-80.000 €
<u>Aufw. für Sachverständige/ Gutachter</u> Der Empfehlung des GPA entsprechend werden Gutachten seit 01.06.2017 verstärkt an Außengutachter vergeben, bei gleichzeitiger Reduzierung des eigenen versorgungsärztlichen Dienstes von 2,0 auf 1,5 Planstellen (A 14). Der Steigerung steht somit die dauerhafte Einsparung eines Stellenanteils von 0,5 (A 14) gegenüber.	-73.000 €
Summe Amt 52	-161.905 €
Amt 53	
<u>Honorare/Entgelte für Dienste Dritter</u> Aufgrund nach wie vor bestehendem Personalbedarf war ein erhöhter Einsatz von Honorarkräften erforderlich.	-18.000 €
<u>Untersuchungen Jobcenter</u> Der Vertrag mit dem Jobcenter wurde zum 31.12.2017 gekündigt, es werden keine Untersuchungen mehr für das JC durchgeführt.	-135.000 €

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Zuweisungen Land</u> Belastungsausgleich gem. § 5 Abs. 1-3 DVO ProstSchG.	106.681 €
<u>Ärztliche Gutachten</u> Anstieg der Gutachtenaufträge.	110.000 €
<u>Gebühreneinnahmen Hygieneüberwachung</u> Aufgrund komplexer Ausbruchs- und Störfallgeschehen bei reduziertem Personalbestand (MuSchu, Krankeheit) konnten gebührenpflichtige Routinebegehungen nur in begrenztem Umfang durchgeführt werden.	-20.000 €
<u>Gebühreneinnahmen Arzneien, Gefahrenstoffe etc.</u> Mehr Prüfungen und Begehungen im Rahmen der Chemikalienüberwachung.	10.000 €
<u>Heilpraktikerprüfungen</u> Durch Straffung von Arbeitsprozessen und Optimierung der Aufgabenverteilung bei Heilpraktikerprüfungen der Stadt Köln, die diese aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung für den Rhein-Sieg-Kreis wahrnimmt, konnte der Aufwand gemindert werden, zudem erfolgte eine Kostenerstattung; per Saldo ergibt sich die ausgewiesene Verbesserung.	12.800 €
<u>Digitalisierung von Akten</u> Durch die geplante Einführung des DMS bei 53.1 wird auf eine "Insellösung" verzichtet, so dass die dafür veranschlagten Aufwendungen entfallen.	12.000 €
<u>Veränderungen aus Kostenstellen</u>	3.200 €
Summe Amt 53	81.681 €

Dezernat 3

3. Quartal 2018

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)

		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 17	Archiv	-3.000 €		-3.000 €
Amt 40	Amt für Schule und Bildungskordinierung	-192.200 €	-32.000 €	-224.200 €
Amt 41	Kultur- und Sportamt	-43.424 €	70.000 €	26.576 €
Amt 51	Jugendamt	-310.425 €		-310.425 €
Amt 57	Psychologische Beratungsdienste	4.800 €		4.800 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		-544.249 €	38.000 €	-506.249 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 40	Amt für Schule und Bildungskordinierung	13.500 €	615.100 €	628.600 €
Amt 41	Kultur- und Sportamt	0 €		
Amt 51	Jugendamt	0 €		
Amt 57	Psychologische Beratungsdienste	0 €		
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		13.500 €	615.100 €	628.600 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

29.11.2018

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 17</u>	
Zuweisungen in 2018 für die Neukonzeptionierung der Ausstellung in der Gedenkstätte Landjuden an der Sieg in Windeck-Rosbach aus verschiedenen Fördertöpfen und Einnahmequellen.	15.000
Honorar für den Ausstellungsgestalter für die Gedenkstätte	-15.000
Literatur und Medien allgemein	-3.000
Summe Amt 17	-3.000
<u>Amt 40</u>	
Berufskollegs: Überführung von Schulkonten in den Kreishaushalt	135.500
Berufskollegs: Zuweisungen für Bundesfreiwillige in den Internationalen Förderklassen (IFKs). Der Ertrag war bei Aufstellung des Haushaltes noch nicht geklärt und daher nicht veranschlagt.	12.000
Berufskollegs: Der geplante Ankauf von Hardware konnte zum Teil durch hochwertige Software kompensiert werden, wodurch es zu diesen Einsparungen kam.	27.000
Berufskollegs: Einsatz von Bundesfreiwilligen in den IFKs (s.o.)	-50.000
Berufskollegs: Unerwartet hohe Schülerticketkosten, die sich bereits in 2017 abzeichneten. Es besteht eine Rückstellung in Höhe von 150.000 €.	-150.000
Berufskollegs: Softwarepflege umfangreicher, weil mehr Software eingesetzt. Korrespondiert mit Einsparungen bei der Hardware (s.o.)	-27.500
Förderschulen: Buchungsfehler bei Bundesfreiwilligen, die in Berufskollegs eingestzt werden sollten. Buchung der Bundeszuweisungen bei Förderschulen. Außerdem weniger Zuweisungen, weil weniger Bundesfreiwillige in den Förderschulen	-83.000
Förderschulen: Mehr Landeszuweisungen für die Gruppen des Fördernden Offenen Ganztags (FOGS), weil mehr Gruppen eingerichtet wurden.	55.500
Förderschulen: Mehreinnahmen von Elternbeiträgen für die FOGS und die Übermittagsbetreuung (Ümi), weil mehr Gruppen	28.000
Förderschulen: Mehreinnahmen aufgrund zusätzlicher FOGS und höherer Verpflegungskosten (Menüpreise)	19.300
Förderschulen: Hausmeisterkosten durch Fremdfirmen (davon -2.000€ durch zeitliche Verschiebung)	-33.200
Förderschulen: Höhere Verpflegungskosten bei FOGS, weil mehr Gruppen	-19.800
Förderschulen: Personalkostensteigerung für FOGS und Ümi, weil mehr Gruppen (davon -30.000€ durch zeitliche Verschiebung).	-165.300

Sachverhalt	Veränderung in €
Förderschulen: Softwarepflege und Wartung - unerwartet hohes Ausschreibungsergebnis.	-8.000
Förderschulen: Geringere Anzahl von Freiwilligen - weniger Aufwendungen	25.000
Bildungskoordinierung: Wegen Personalwechsels weniger Erträge durch EFRE-Fördermittel	-75.000
Bildungskoordinierung: Mehr Zuweisungen im Rahmen des zdi-Projektes als ursprünglich kalkuliert. Hier für zdi-BSO-MINT-Maßnahmen.	103.000
Bildungskoordinierung: Ausgaben konnten in 2018 nicht wie geplant realisiert werden.	85.000
Bildungskoordinierung: Höhere Aufwendungen für zdi-MINT-Maßnahmen aufgrund höherer Zuweisungen s.o.	-103.000
Amtskostenstelle	300
Summe Amt 40	-224.200
<u>Amt 41</u>	
NS-Medizinverbrechen - Projektkosten müssen noch einmal übertragen werden; daher bei den Aufwendungen eine zeitliche Verschiebung von 60.000 €.	
Sportförderung: Keine Erträge und Zuweisungen mehr im Projekt Leistungssportzentrum in der bisherigen Form.	-56.000
Sportförderung: Ggfs. Ermächtigungsübertragung zur Finanzierung einzelner Module aus dem bisherigen Projekt zur Förderung des Leistungssport im Rhein-Sieg-Kreis (davon 10.000€ aus zeitlicher Verschiebung).	84.000
Mehrausgaben für BTHVN 2020	-1.424
Summe Amt 41	26.576
<u>Amt 51</u>	
Kindertagesbetreuung: Mehrerträge bei den Elternbeiträgen, insbesondere weil mehr Kinder	232.700
Kindertagesbetreuung: Höhere Landeszuweisungen, weil mehr Gruppen	55.500
Kindertagesbetreuung: Nicht kalkulierte Rückzahlungen	400.000
Kindertagesbetreuung: Hier Tagespflege, quantitative Ausweitung	150.000
Kindertagesbetreuung: Erstattungen an Gemeinden	-80.000
Kindertagesbetreuung: Mehr Kita-Gruppen, mehr Betriebskosten	-417.000
Kindertagesbetreuung: Steigendes Fallaufkommen in der Tagespflege - dadurch Mehraufwendungen.	-169.000
Familienunterstützende Hilfen: weniger Erträge durch Wegfall des eigenen Dienstes Intensive sozialpädagogische Einzelfallhilfe (INSPE)	-50.000
Familienunterstützende Hilfen: weniger Kostenerstattungsfälle bei der INSPE, bei Hilfen zur Erziehung, Tagesgruppen und den Sozialpädagogischen Familienhilfen (SPFH)	-176.000

Sachverhalt	Veränderung in €
Familienunterstützende Hilfen: Weniger Aufwand, weil weniger Fälle bei der INSPE, SPFH und bei Hilfen zu Erziehung als erwartet.	578.900
Familienunterstützende Hilfen: Weniger Ausgaben für die Tagesgruppen, auch wegen vermehrter Ganztagsbeschulung.	495.000
Familienunterstützende Hilfen: Höheres Fallaufkommen durch Inklusion, Autismusdiagnosen etc.	-240.000
Familienersetzende Hilfen: Pflegefamilien für Minderjährige - weniger Transfererträge und Kostenerstattungen	-50.300
Familienersetzende Hilfen: Mehreinnahmen bei Erstattungen durch örtliche Träger - aufgrund ausreichender Personalgestellung im Verwaltungsbereich.	300.000
Familienersetzende Hilfen: Pflegefamilien für Volljährige - mehr Transfererträge und Kostenerstattungen. Es konnten vermehrt Ansprüche geltend gemacht und durchgesetzt werden.	205.900
Familienersetzende Hilfen: Heimerziehung Minderjährige - Anpassung an Rechnungsergebnis. Weniger Erträge.	-90.000
Familienersetzende Hilfen: Heimerziehung Minderjährige - weniger Kostenerstattung wegen verzögerter Bearbeitung durch den LVR. Wann Erstattungen erfolgen, kann noch nicht abgesehen werden.	-323.125
Familienersetzende Hilfen: Höhere Kostenerstattung bei gemeinsamen Unterbringungen konnte geltend gemacht werden.	90.000
Familienersetzende Hilfen: Weniger Inobhutnahmen von UMAs, daher auch weniger Kostenerstattungen	-480.000
Familienersetzende Hilfen: Höhere Fallkosten und Transferaufwendungen für Minderjährige und Volljährige in Pflegefamilien zugunsten weniger Fälle in der Heimerziehung (s.u.). Weil mehr Fälle und kostenintensivere Fälle. Auch in der Eingliederungshilfe. Teilweise auch Anpassungen an Rechnungsergebnisse.	-1.430.300
Familienersetzende Hilfen: Weniger Aufwendungen in der Heimerziehung - Anpassung an Rechnungsergebnis.	347.300
Familienersetzende Hilfen: Verbesserung, weil weniger Inobhutnahmen	250.000
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG): Weiterhin positive Entwicklung bei der Heranziehung durch nunmehr auskömmliche Personalausstattung im Verwaltungsbereich.	223.000
Aufwendungen nach dem UVG: Anpassung ans Rechnungsergebnis	-60.000
Aufwendungen nach dem UVG: Einnahmeablieferung an das Land	-73.000
Summe Amt 51	-310.425
Amt 57	
Summe Amt 57	0

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 40</u>	
Verzögerungen bei Beschaffungen in den Berufskolleges in Bonn und	46.000
Ungeplante Ersatzbeschaffungen in den Berufskollegs in Hennef und in	-47.000
Beschaffungen in den Förderschulen Vorgebirgsschule und Heinrich- Hanselmann-Schule	-10.900
Verzögerungen in den Beschaffungen in den Förderschulen in Windeck, An der Wicke, Rudolf-Dreikurs-Schule, Waldschule, Richard-Schirrmann-Schule, Schule am Rotter See	32.500
Astrid-Lindgren-Schule - Korrektur eines Schreibfehlers	13.500
Sanierung der Schule An der Wicke noch nicht abgeschlossen	95.000
Sanierung Richard-Schirrmann-Schule noch nicht abgeschlossen	62.000
Medienkonzept Berufskollegs: Einige Beschaffungen stehen noch aus, laufende vergabeverfahren, noch nicht abgeschlossener Breitbandausbau, aufwendige Verfahren....	330.000
Neue Telefonanlage für alle Schulen (Voice over IP) - Verfahren verzögert sich wegen Komplexität.	25.000
Medienkonzept Förderschulen: Einige Beschaffungen stehen noch aus, laufende vergabeverfahren, noch nicht abgeschlossener Breitbandausbau, aufwendige Verfahren....	82.500
Davon durch zeitliche Verschiebung insgesamt 615.100 € - alle Positionen bis auf Astrid-Lindgren-Schule	
Summe Amt 40	628.600
<u>Amt 41</u>	
Summe Amt 41	0
<u>Amt 51</u>	
Für den Bau von neuen Gruppen in Kindertagesstätten gibt es mehr Landeszuweisungen in Höhe von 440.000 €, die allerdings in voller Höhe auch investiert werden.	
Summe Amt 51	0
<u>Amt 57</u>	
Betriebs- und Geschäftsausstattung Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie Schulpsychologischer Dienst	-200
Summe Amt 57	-200

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 3

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 17</u> Fehlanzeige	
<u>Amt 40</u> Risiko: Abermals späte Abrechnung der RSVG im Breich der Schülertickets, so dass eine realistische Prognose hinsichtlich der Budgeteinhaltung kaum abgegeben werden kann.	
<u>Amt 41</u> Risiko: Die Fertigstellung des Jahrbuches 2019 verzögert sich bis Januar 2019 und ggfs. wird die Schlussrechnung für Druck und Layout erst im Jahr 2019 erstellt und insoweit eine Ermächtigungsübertragung notwendig.	
<u>Amt 51</u> Grundsätzlich ist es sehr schwierig für die Teilprodukte 0.51.40 und 0.51.70 Prognosen zu tätigen, da die Dauer der Hilfen durchaus von den Erwartungen abweichen können und zur Frage von Neufällen nur Annahmen getroffen werden können. Auch zu der Höhe der Kostenerstattungen des überörtlichen Trägers im Rahmen der Hilfe für Flüchtlinge können weiterhin nur vage Vermutungen geäußert werden. Im Bereich 0.51.80 hat sich die im letzten Jahr prognostizierte Verschlechterung aufgrund der Gesetzesänderung nicht bestätigt, da die Finanzierungsanteile zugunsten der Kommunen angepasst wurden.	
<u>Amt 57</u> Fehlanzeige	

Controllingbericht

19/10/21

:rhein-sieg-kreis

Dezernat 4

3. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	-102.000 €		-102.000 €
Amt 62	Am für Katasterwesen und Geoinformation	-160.000 €		-160.000 €
Amt 63	Bauaufsichtsamt	197.000 €		197.000 €
Amt 66	Amt für Technischen Umweltschutz	70.700 €		70.700 €
ehem. Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	-10.700 €	-20.550 €	-31.250 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		-5.000 €	-20.550 €	-25.550 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	-25.000 €	-36.400 €	-61.400 €
ehem. Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €		0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		-25.000 €	-36.400 €	-61.400 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

22.10. C. Kluwe

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 4

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 39</u>	
Zu hohe Prognose für die Gebührenpflicht für Primärkontrollen im Lebensmittelbereich, i.w. durch Rückgang der Kontrollzahlen auf 60 % durch Personalausfälle in der Lebensmittelkontrolle sowie bei der Sachbearbeitung der Gebühren (Rückstand 6 Monate)	-74.000
In der Fleischuntersuchung zu hohe Kalkulation der Gebühreneinnahmen	-38.000
Gebührenmehreinnahmen durch vermehrte Kontrollen und Zwangsgelder im Tierschutz	10.000
Summe Amt 39	-102.000
<u>Amt 62</u>	
I.W. Rückgang der Erträge durch Änderung der Gebührenordnung (geringere Gebühren für die Bereitstellung von Geobasisdaten)	-160.000
Summe Amt 62	-160.000
<u>Amt 63</u>	
Höhere Gebühreneinnahmen u.a. durch leicht gestiegene Zahl an Eingängen von Bauanträgen und Abbau von Rückständen	197.000
Summe Amt 63	197.000
<u>Amt 66</u>	
Wasserwirtschaft: Höhere Gebühreneinnahmen als vorgesehen	49.000
Immissionsschutz: Höhere Gebühreneinnahme sowie höherer Belastungsausgleich durch Übernahme von Landesaufgaben	91.800
Verzicht auf Ökoprotect-Projekt. Energieagentur: Verausgabung der übertragenen Mittel aus 2017	-85.100
Bodenschutz: Höhere Gebühreneinnahme, höhere Ausgaben durch Zugriff auf 10.000 Euro aus Übertragung 2017	15.000
Summe Amt 66	70.700
<u>ehem. Amt 67</u>	
Geringere Gebühreneinnahmen als erwartet (Verwaltungsverfahren, Ordnungswidrigkeiten), geringere Landeszuweisungen und z.T. Verschiebung nach 2019	-36.050
Verzögerung bei der Erarbeitung neuer Landschaftspläne, Verschiebung nach 2019	4.800
Summe Amt 67	-31.250

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 4

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 39</u>	
Beschaffung einer Rindertötezange mit Fangstand sowie einer Geflügeltöteanlage (zeitliche Verschiebung)	-16.400
Beschaffung euner Fahrzeug-Desinfektionsschleuse, finanziert aus 20.000 € Übertragung aus 2017 und 25.000 € überplanmäßig 2018	-45.000
Summe Amt 39	-61.400
<u>ehem. Amt 67</u>	
Summe Amt 67	0

Controllingbericht

Dezernat 5

3. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
05-04	Datenschutzbeauftragter	0 €	0 €	0 €
Amt 14	Prüfungsamt	2.000 €	0 €	2.000 €
Amt 30	Rechts- und Ordnungsamt	157.550 €	0 €	157.550 €
Amt 36	Straßenverkehrsamt	-200.000 €	-96.000 €	-296.000 €
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	-4.160.399 €	-30.000 €	-4.190.399 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		-4.200.849 €	-126.000 €	-4.326.849 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 36	Straßenverkehrsamt	0 €	0 €	0 €
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	74.550 €	-3.714.719 €	-3.640.169 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		74.550 €	-3.714.719 €	-3.640.169 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

27/11

Jaeger

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>05-04</u>	0
Summe 05-04	0
<u>Amt 14</u>	2.000
Summe Amt 14	2.000
<u>Amt 30</u>	
0.30.20 Aufenthaltsregelungen, diverses	-8.500
0.30.30 Ordnungsangelegenheiten Zusätzliche Gebühreneinnahmen durch Jägerprüfung, Überwachung des Bewachungsgewerbes und Landeszuweisung f.Aufgaben nach dem ProstituiertSchutzG	166.050
Summe Amt 30	157.550
<u>Amt 36</u>	
0.36.10 Verkehrssicherung Fallsteigerung	15.000
0.036.20 Erlaubnisse moderate Ertragssteigerung bei Genehmigungen Güter-/Personenverkehr	5.000
0.36.30 Zulassung und Abmeldung geringere Gebühreneinnahmen / Zulassungszahlen; Zurückhaltung der Kaufinteressenten wegen "Dieselgate"	-150.000
0.36.60 Überwachung des fließenden Verkehrs Mehraufwand durch Nachholung von in 2017 geplanter Fahrbahnsanierungen (96 T€ = zeitl. Verschiebung); dies führte bei mehreren stationären Messstellen im 3.Quartal unweigerlich zu längeren Ausfallzeiten. Darüber hinaus sorgte die extreme Hitze i.d.Sommermonaten für systembedingte Schutzabschaltungen (Gehäuseinnentemperatur >60°C) und führte damit gerade am Standort A 59 zu ungeplanten zusätzlichen Ausfallzeiten. Sofern die Eichung der sanierten Standorte planmäßig Anfang des 4. Quartals vollzogen werden kann und die Verkehrssicherheitsarbeit in den regulären Umfang zurückgeführt wird, werden die Verwarn-u. Bußgelder aus der Geschwindigkeitsüberwachung den in 2018 vorgesehenen Ansatz dennoch nahezu (- 70 T€) erreichen.	-166.000
Summe Amt 36	-296.000

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 38</u>	
320001 Feuer- und Rettungsleitstelle	-92.800
0.38.10 Rettungswesen Gebührenhaushalt (inkl. Leitstellengebühren). Im gesamten Gebührenhaushalt Rettungsdienst wird sich aufgrund der Summe nicht auskömmlichen Gebühren (Rettd und Leitstelle) eine Verschlechterung i.H.v. rd. 3,9 Mio € ergeben. In dem nach dem KAG vorgegebenen Zeitrahmen (vgl. § 6 II) von 4 Jahren wird die Unterdeckung durch Anpassung der Rettungsdienst- u. Leitstellengebühren ausgeglichen werden müssen.	-3.907.099
0.38.20 Feuer-/Brandschutz, technische Hilfeleistung Zuschuß für die im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorg. wurde neu gerechnet. Kostenansprüche aus Einsätzen bei Großschadenereignissen bei grds.Erstattungspflicht Dritter wurden abgesetzt, da nach den Erfahrungen der Vorjahre nicht mit Erstattungen zu rechnen ist.	-160.500
0.38.30 Gefahrenabwehr Geringere Einnahmen des Kreisfeuerwehrhauses und aus Brandschauen, die teilw. inzwischen kostenfrei sind; Restzahlung Machbarkeitsstudie Gefahrenabwehrzentrum und Erhöhung des Stundensatzes der Kreisausbilder nach RPA-Bericht	-30.000
Summe Amt 38	-4.190.399

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der **Investitionen**
im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 36</u>	
Summe Amt 36	0
<u>Amt 38</u>	
Im Vorjahr konnten aufgrund der Arbeitsbelastung Investitionen nicht getätigt werden. Die Ermächtigungen sind nach 2018 übertragen worden.	-3.640.169
Summe Amt 38	-3.640.169

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 5

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>05-04</u>	
<u>Amt 14</u>	
<u>Amt 30</u>	
<u>Amt 36</u> Im Bereich 0.36.60 können vorauss. im vierten Quartal fünf stationäre Standorte nach bis dahin erfolgter Fahrbahnsanierung und Eichung wieder in Betrieb gesetzt werden. Sofern keine anderen Standorte bei der stationären Überwachung ausfallen, kann mit wieder ansteigenden Fallzahlen gerechnet werden. Die Personalbemessung des mobilen Messdienstes ist eng am Dienstplan ausgerichtet. Krankheitsbedingte Ausfälle können somit nur bedingt kompensiert werden, was bei läng. Abwesenheiten zu einer Reduz. der Messzeiten und damit zwangsläufig auch zu geringeren Fallzahlen führen kann. Bei den Zulassungszahlen (0.36.30) kann es bei zeitnahe Beendigung der Diskussionen um Diesel-Fahrverbote und Abgasskandal und/oder attrakt. Förd. alternativer Antriebsarten noch zu einer positiveren Entwicklung kommen.	
<u>Amt 38</u> Ob die Unterdeckungen der Rettungsdienstgebühren innerhalb der 4-Jahresfrist des KAG durch Erhöhungen ausgeglichen werden können, ist nicht sicher, da gerichtliche Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen werden können	

Controllingbericht

Zusammenfassung der Berichte der Stabstellen

3. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Stab 01	Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung	45.106 €	-38.000 €	7.106 €
Stab 02	Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats	-29.750 €	-34.000 €	-63.750 €
Stab 03	Gleichstellungsbeauftragte	0 €	0 €	0 €
Stab 05	Kreistagsbüro	70.000 €	0 €	70.000 €
Stab 06	Kommunalaufsicht und Wahlen	682 €	0 €	682 €
Stab 31	Kreispolizeibehörde	6.900 €	0 €	6.900 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		92.938 €	-72.000 €	20.938 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen sind aus den Berichten der Stabstellen anliegend zusammengefasst (**Anlage 1**).

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung der Stabstellen

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Stab 01</u>	
• Personalkostenerstattung Bund für Breitbandkoordinator	20.000
• Rechtsberatung Breitbandausbau	-35.000
• sonstige Veränderungen, z. B. im Zusammenhang mit Kosten-Nutzen-Untersuchung Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln (unter Berücksichtigung von Erstattungen der Projektpartner), geringerer Aufwand für Radverkehrskonzept und Klosterlandschaft Heisterbach	22.000
Summe Stab 01	7.000
<u>Stab 02</u>	
• Neugestaltung des Internetauftritts und Designstudie des Kreises, aus Ermächtigungen Vorjahre	-34.000
• überplanmäßiger Aufwand im Zusammenhang mit dem Kreisjubiläum in 2019 (insbesondere für erforderliche Auftragsvergaben)	-30.000
Summe Stab 02	-64.000
<u>Stab 03</u>	
• keine Veränderungen	
Summe Stab 03	0
<u>Stab 05</u>	
• geringerer Bedarf für Aufwandsentschädigungen	70.000
Summe Stab 05	70.000
<u>Stab 06</u>	
• keine wesentlichen Veränderungen	
Summe Stab 06	0
<u>Stab 31</u>	
• höhere Erträge aus Gebühren im Bereich Waffenwesen	7.000
Summe Stab 31	7.000

Controllingbericht

**Personal- und
Versorgungsaufwand**

L 99/10/18
/B 3. Quartal 2018

Abweichung ggü. Haushaltplan 2018
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Personal- und Versorgungsaufwand - allgemeiner Haushalt	-2.627.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Teilhaushalt Jugendamt	-20.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Personal im Jobcenter	847.000 €
<u>Gesamtveränderung</u>	<u>-1.800.000 €</u>

Die Ursachen und Hintergründen der Veränderungen sowie der Gegenfinanzierung sind in der Anlage 1 erläutert.

Eventuelle Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands sind in Anlage 2 dargestellt.



Unterschrift Verantwortlicher
Personalwesen

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Allgemeiner Haushalt:</u>	
Personalaufwendungen Die Verschlechterung resultiert aus der in 2018 beschlossenen Tarifsteigerung.	-273.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Zahlen basieren auf den Rückstellungswerten zum 31.12.2017 unter Berücksichtigung einer jährlichen Dynamik von 2%.	-850.000
Beiträge Versorgungskasse Die Umlagegemeinschaft der Rheinische Versorgungskassen führt zu nicht kalkulierbaren Erstattungen oder Nachzahlungen, die es schwierig machen, den Ansatz realistisch zu kalkulieren. Auch in diesem Jahr erfolgte ein Nachzahlung, die wiederum zu höheren monatlichen Abschlägen führte, so dass der Ansatz deutlich überschritten wurde.	-1.330.000
Beihilfen Beamte haben im Krankheitsfall Anspruch auf Beihilfe, nach der bisherigen Entwicklung werden die veranschlagten Beihilfeaufwendungen vermutlich nicht ausreichen.	-174.000
Summe	-2.627.000
<u>Teilhaushalt Jugendamt:</u>	
Personalaufwendungen Aufgrund der Arbeitsmarktsituation dauern die Stellenbesetzungsverfahren bei freiwerdenden Stellen deutlich länger als in der Vergangenheit. Dies führt zu einer Haushaltsverbesserung.	310.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-154.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-150.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
Beihilfen Dies gilt auch für die Beihilfeaufwendungen an Beamte im Krankheitsfall	-26.000
Summe	-20.000
<u>Personal im Jobcenter:</u>	
Personalaufwendungen Die vom Personalausschuss am 16.02.2016 beschlossenen 23 neuen Stellen für das job-center konnten bislang nicht alle besetzt werden. Darüber hinaus entstehen laufend Vakanzen aufgrund einer auch hier relativ hohen Fluktuation (Wechsel zur Bundesagentur für Arbeit, Elternzeit etc.)	880.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-16.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-17.000
Summe	847.000

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Bereich
des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Volumen in €
(Kurzbeschreibung)	(soweit bezifferbar)
Die Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt noch sehr ungewiss, weil viele Unwägbarkeiten aufgrund der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen und sonstigen Verrechnungen bestehen. So kann insbesondere die versicherungsmathematische Bewertung der Pensions- und Beihilferückstellungen durch die Rheinische Versorgungskasse das Ergebnis noch wesentlich verändern.	